



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Polizeiliche Kriminalstatistik 2015 – Aus der Vergangenheit die richtigen Schlüsse für ein sicheres Bayern in der Zukunft ziehen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, noch vor der Sommerpause im zuständigen Ausschuss zu berichten, welche Schlüsse die bayerischen Polizeipräsidien und die Polizeigewerkschaften aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2015 ziehen und welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreifen möchte, um Bayern in den nächsten Jahren noch sicherer zu machen.

Insbesondere ist dabei darauf einzugehen, welches Verbesserungspotenzial die Polizeipräsidien und die Polizeigewerkschaften selbst im Hinblick auf ihre aktuelle rechtliche und tatsächliche Situation bei der Bekämpfung der in der PKS aufgeführten Delikte sieht und wie die Staatsregierung zu den Vorschlägen steht.

Begründung:

Unsere bayerischen Polizeibeamten leisten hervorragende Arbeit. Deshalb ist auch die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2015 trotz großer Herausforderungen insgesamt gut. Die Zahlen der Vergangenheit zu kennen, ist jedoch nur ein erster Schritt.

Viel wichtiger ist es nun in einem zweiten Schritt, für die Zukunft auch die richtigen Konsequenzen aus den vorliegenden Zahlen zu ziehen. Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, darüber zu berichten, welche Schlüsse die Bayerischen Polizeipräsidien und die Polizeigewerkschaften aus dem vorgelegten Zahlenmaterial ziehen, denn die Polizeipräsidenten und die Vertreter der Polizeigewerkschaften wissen am besten, welche Probleme es in der Praxis bei der Verbrechensverhinderung und -aufklärung gibt.

Weiterhin soll die Staatsregierung aufzeigen, welche Maßnahmen sie ergreift, um in den verschiedenen Deliktsbereichen besorgniserregenden Entwicklungen entgegenzusteuern. Zu nennen ist beispielsweise die nach wie vor zu hohe Anzahl von Wohnungseinbruchsdiebstählen und deren zu niedrige Aufklärungsquote von nur 15,9 Prozent, sowie die Kriminalität im virtuellen Raum, bei der von einer sehr hohen Dunkelziffer ausgegangen werden muss.